

Bundesministerium

Bildung, Wissenschaft
und Forschung

bmbwf.gv.at

BMBWF - Präs/9 (Fremdlegistik, Verbindungsdiene)

Mag. Bernhard Guth

Sachbearbeiter

bernhard.guth@bmbwf.gv.at

+43 1 531 20-2371

Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Bundesministerium für Verfassung, Reformen,
Deregulierung und Justiz –Verfassungsdienst
Museumstraße 7
1070 Wien

Antwortschreiben bitte unter Anführung der
Geschäftszahl.

per E-Mail

Geschäftszahl: BMBWF-14.362/0002-Präs/9/2019

Ihr Zeichen: BMVRDJ-601.468/0005-V 1/2019

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz
1991 und das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz geändert werden;
Ressortstellungnahme**

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung nimmt Bezug auf das
do. Schreiben vom 8. Juli 2019, dankt für die Übermittlung des Entwurfs eines
Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz 1991 und das
Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz geändert werden, und nimmt wie folgt Stellung:

Zu Artikel 1 (Änderung des Verwaltungsstrafgesetzes 1991), Z 10 des Entwurfs (V. Teil –
Jugendstrafsachen):

Zu der in § 63 Verwaltungsstrafgesetz 1991 vorgesehenen Möglichkeit der Beziehung einer
Vertrauensperson wird angeregt, zur Beziehung von Lehrkräften bzw. Erzieherinnen und
Erziehern an geeigneter Stelle klarzustellen, dass diese nicht verpflichtet sind, an diesen
Vernehmungen teilzunehmen.

Eine Kopie dieser Stellungnahme wird dem Präsidium des Nationalrates in elektronischer
Form zur Verfügung gestellt.

Wien, 13. August 2019

Für die Bundesministerin:

i.V. Mag.ª Simone Gartner-Springer

Elektronisch gefertigt

